



Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 59'124
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.077
Abo-Nr.: 1094524
Seite: 15
Fläche: 15'162 mm²

Rechtssicherheit am EuroAirport gefordert

Bundespolitiker aus der Region schlagen Alarm

Von Daniel Ballmer

Liestal/Bern. Bundesparlamentarier sehen das Erfolgsmodell des EuroAirports als Motor für eine prosperierende Schweiz in Gefahr. 70 Unternehmen im Schweizer Sektor des Flughafens Basel-Mulhouse mit über 5000 Beschäftigten würden nicht mehr über genügend Rechtssicherheit verfügen. Den Grund sehen die Politiker in Paris: Die langjährige Praxis im Arbeits- und Steuerrecht, dass im Schweizer Flughafensektor schweizerisches Recht zur Anwendung kommt, werde infrage gestellt, warnt die Baselbieter CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter: «Dieser Zustand gefährdet geplante Investitionen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.» Der Bundesrat müsse dringend handeln.

Beim Arbeitsrecht sei mit dem «accord de méthode» eine praktikable Lösung gefunden worden. Ganz anders im Bereich der Steuern. Hier fehle bis heute eine Regelung. «Die Unternehmen leiden unter dem Druck des französischen Fiskus, der Anspruch auf Steuern erhebt», betont Schneider. Die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen der Schweiz mit Frankreich seien unbefriedigend. Sie würden den besonderen Umständen des EuroAirports ungenügend Rechnung tragen und die Unternehmen zu wenig in

den Verhandlungsprozess einbinden. Gemeinsam mit 15 mitunterzeichnenden, mehrheitlich regionalen Ratskollegen verlangt Nationalrätin Schneider nun vom Bundesrat Antworten zum Stand der Verhandlungen mit Frankreich.

Ein «Zustand der Unsicherheit»

Unterstützt werden die Politiker auch von der Handelskammer beider Basel. In einer Medienmitteilung prangert sie den «Zustand der Unsicherheit» an, der sich negativ auf künftige Investitionen auswirken könne. Die Unternehmen wollten ihn daher so rasch wie nur möglich beheben. In ihrer Interpellation will Schneider nun vom Bundesrat wissen, wie der aktuelle Stand der Verhandlungen mit Frankreich ist und ob die betroffenen Unternehmen in die Gespräche einbezogen würden.

Von Interesse sind auch die angestrebten Ziele des Bundes als Eigner des Flughafens im Rahmen der Verhandlungen mit Frankreich. Für die Schweizer Unternehmen sei es wichtig, sich in der gewohnten Rechtsordnung zu bewegen. Gleichzeitig fordert Schneider, dass die Steuern nicht steigen dürfen. Die Anwendung des französischen Steuerrechts wäre für die Unternehmen mit einer deutlich höheren Belastung und zusätzlicher Bürokratie verbunden.